

Thema: Wahlprogramm der Linkspartei

Die Linkspartei will unter anderem:

- ▶ **Tarifautonomie, Mitbestimmung und Rechte der Arbeitnehmervvertretungen erhalten und ausbauen,**
- ▶ **die Binnennachfrage stärken und ein öffentliches Investitionsprogramm auflegen,**
- ▶ **Besserverdienende und Großunternehmen steuerlich stärker in die Pflicht nehmen,**
- ▶ **solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, Hartz IV zurücknehmen,**
- ▶ **eine Ausbildungsumlage gegen Lehrstellenmangel, Mindestsicherung und Mindestrente einführen,**
- ▶ **den Ausbau des europäischen Sozialmodells.**

Das Wahlprogramm der Linkspartei unterstützt zentrale gewerkschaftliche Forderungen. Es werden Alternativen für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für Erhalt und Ausbau des Sozialstaats vorgeschlagen. Allerdings ist die Finanzierbarkeit einiger Forderungen offen.

Linkspartei: Alternativen mit Widersprüchen

Die Linkspartei.PDS will sozial gerechte Alternativen zur neoliberalen Politik entwickeln. Sie kritisiert das "Kartell der sozialen Kälte", die Agenda 2010 und Hartz IV ebenso wie die Angriffe auf Mitbestimmung und Tarifautonomie durch CDU/CSU und FDP. Zentrale gewerkschaftliche Forderungen werden aufgegriffen. Allerdings ist die Finanzierung einiger Forderungen offen.

Die IG Metall fordert in ihrem Arbeitnehmerbegehren zur Bundestagswahl 2005 insbesondere

- ▶ ein Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit,
- ▶ die solidarische Bürgerversicherung,
- ▶ die solidarische Einfachsteuer,
- ▶ die Stärkung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten,
- ▶ eine politische Initiative für ein soziales Europa.

In Arbeit investieren

Die Linkspartei unterstützt die Forderung nach einem öffentlichen Investitionsprogramm für Arbeit und Innovation. Gleichzeitig fordert die Partei die Stärkung der Binnennachfrage durch mehr Kaufkraft. Die Arbeitslosigkeit soll auch mit Arbeitszeitverkürzung bekämpft werden. Hartz IV soll zurückgenommen und mehr Arbeitsplätze in gemeinnützigen Beschäftigungssektoren gefördert werden. Ausserdem fordert die Linkspartei einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn von 1400 Euro brutto.

Die Forderung, die Höhe des Mindestlohns gesetzlich festzulegen, stößt auf Kritik der IG Metall. Sie will Mindestlöhne, deren Höhe sich an Tarifverträgen orientiert.

Solidarische Steuerpolitik

Die Linkspartei will das Steuersystem vereinfachen, Geringverdiener entlasten und Besserverdienende und Großunternehmen stärker zur Kasse bitten. Sie plädiert für die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine höhere Erbschaftssteuer für große Vermögen.

Steuerflucht und Ausnahmetatbestände bei der Steuermittlung sollen eingeschränkt werden.

Die Richtung stimmt. Im Konkreten (Höhe von Steuerfreibetrag, Kindergeld und Pendlerpauschale, Wegfall des Ehegattensplittings, Abschaffung von Kaffee-, Bier- und Schaumweinsteuern) ergeben sich aber Zweifel, ob die Partei nicht übers Ziel hinausschießt. Insbesondere stellt sich die Frage, ob alle geforderten Maßnahmen (unter anderem Grundsicherung, Mindestrente) solide finanziert und durchgerechnet sind.

Bürgerversicherung

Die Linkspartei unterstützt die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung bei Gesundheit und Pflege mit einer Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze. Die Rentenversicherung will sie längerfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen. Unsoziale Leistungskürzungen sind zurückzunehmen. Strukturreformen im Gesundheitswesen sollen Effizienz und Qualität erhöhen.

Die Lohnnebenkosten will die Linkspartei "in einem Prozess in eine Wertschöpfungsabgabe" umwandeln, weil deren heutige Struktur Arbeitsplätze verteuere. Dieses Konzept wirft jedoch Fragen auf.

Offen ist die konkrete Form der Umsetzung und auch, ob die Wertschöpfungsabgabe negative Auswirkungen auf die bisherige, im Grundsatz paritätische Finanzierung der Sozialversicherungssysteme hat.

Arbeitnehmerrechte sichern

Die Linkspartei tritt dafür ein, dass die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften und die Bindungswirkung der Tarifverträge gestärkt wird. Die Verschlechterung des Kündigungsschutzes wird zurückgewiesen. Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen soll erleichtert werden. Die Angriffe von CDU/CSU und FDP auf die Mitbestimmung werden kritisiert.

Vielmehr sollen Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen ausgebaut werden. Durch eine Reihe von Maßnahmen will die Linkspartei "Kapitalmacht begrenzen". Internationale Währungsverhältnisse und Kapitalströme sollen "stabilisiert und kontrolliert" werden.

Soziales Europa

Die Linkspartei plädiert für eine EU, die sich gemeinsame Mindeststandards bei Löhnen, Steuern und Sozialleistungen gibt. Sie fordert einen entsprechenden Kurswechsel in der europäischen Integration und der deutschen Europapolitik. Im Zentrum dürfe nicht alleine der Markt, sondern müssten existenzsichernde Arbeitsplätze und soziale Sicherheit stehen.

Fazit: Das Wahlprogramm der Linkspartei unterstützt zentrale gewerkschaftliche Forderungen. Allerdings steht der Beweis der Praxistauglichkeit der gesamten Programmatik noch aus. Sicher ist: Die Linkspartei wird im nächsten Bundestag in die Opposition gehen.